



Presseschau vom 18.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Entfremdung von politisch-medialer Klasse" – Viele glauben nicht mehr an Meinungsfreiheit

Seit Jahren geht das Vertrauen in die "Meinungsfreiheit" innerhalb der Bevölkerung in Deutschland zurück. Eine neue Erhebung ergab nun einen neuen Höchststand. Beim Thema "Genderngerechtigkeit" besteht demzufolge eine Kluft zwischen dem politisch-medialen Diskurs und den Ansichten der Bevölkerung. ...

<https://kurz.rt.com/2k1o>

Leo Ensel: Vorsichtige Kurskorrektur? – Zum Genfer Gipfeltreffen von Biden und Putin

Erstmals seit Beginn seiner Präsidentschaft traf sich Joe Biden mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Welche Ergebnisse brachte das mit Spannung erwartete Gipfeltreffen, und wie sind sie einzuschätzen? Versuch einer vorläufigen Bilanz. ...

<https://kurz.rt.com/2k19>

snanews.de: „Geschichte darf nicht zur Waffe werden“: Steinmeier spricht erstmals im Deutsch-Russischen Museum

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) hielt am Freitag eine Gedenkrede zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die UdSSR am 22. Juni 1941 im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst. Damit eröffnete er die Ausstellung „Dimensionen eines

Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“. SNA hat die Rede verfolgt. ...

<https://snanews.de/20210618/steinmeier-im-deutsch-russischen-museum-2535668.html>

de.rt.com: **Transatlantiker plädieren für aktive "nukleare Teilhabe" Deutschlands in Europa**

Die Rüstungskontrolle soll zwar Atomkriege verhindern, aber dabei soll nicht auf die Glaubwürdigkeit der eigenen nuklearen Abschreckung verzichtet werden, argumentiert die FAZ, um eine aktive "nukleare Teilhabe" Deutschlands durch eine "Vornestationierung" der US-Atomwaffen zu unterstützen. ...

<https://kurz.rt.com/2jxf>

Arthur Buchholz: **Von "pale" zu "woke" zu "fail" – das Auswärtige Amt kapituliert vor dem Zeitgeist**

Das Mitarbeiterblatt des Auswärtigen Amtes appelliert an seine Mitarbeiter, bitte endlich "woke" zu werden. Das hat der deutschen Außenpolitik jetzt gerade noch gefehlt. Dabei ist der Aufruf zu mehr "Diversity" alles andere als neu. ...

<https://kurz.rt.com/2k1g>

de.rt.com: **Leaks enthüllen: Bolivianische Putschregierung plante zweiten Umsturz im Falle einer Wahlpleite**

Geleakte Dokumente zeigen, dass Mitglieder der bolivianischen Regierung unter Jeanine Áñez einen zweiten Putsch geplant haben, um an der Macht zu bleiben. Der Plan beinhaltete angeblich den Einsatz Hunderter US-Söldner, die aus Florida eingeflogen werden sollten. ...

<https://kurz.rt.com/2k32>

de.rt.com: **Medienberichte: FBI war möglicherweise am Sturm auf das US-Kapitol im Januar beteiligt**

Gerichtsakten deuten darauf hin, dass FBI-Agenten möglicherweise den Aufruhr am US-Kapitol im Januar organisiert und an den Handlungen teilgenommen haben. Mehreren konservativen Medien zufolge dient der Vorfall als Rechtfertigung für schärfere Antiterrormaßnahmen. ...

<https://kurz.rt.com/2k3e>

abends/nachts:

snanews.de: **Erdogan: Unsere Position zu S-400 bleibt unverändert – Biden weiß Bescheid**

Nach Angaben des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ist dem US-Präsidenten Joe Biden bekannt, dass Ankaras Position zum S-400-Raketensystem unverändert bleibt.

„Ich habe Biden gesagt: Erwarten Sie nicht, dass die Türkei neue Schritte in Bezug auf F-35 oder S-400 unternimmt. Weil wir unseren Teil bei F-35 bereits geleistet haben. Wir haben Sie nach dem Patriot-Luftverteidigungssystem gefragt, aber Sie haben es uns nicht gegeben. Im Gegenteil, Sie haben sogar die weggenommen, die in unseren Stützpunkten stationiert waren. Was könnten wir tun? Wir haben dieses Problem selbst gelöst“, sagte Erdogan am Donnerstag in Baku (Aserbaidschan) gegenüber Reportern.

Der US-Präsident möchte die Türkei besuchen, bestätigte Erdogan. Ankara wolle mit seinem US-Verbündeten dabei ausführlicher das Thema der Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie erörtern. „In den künftigen Verhandlungsprozess werden die Chefs des Außen- und Verteidigungsministeriums sowie der Rüstungsindustrie eingebunden“, so der türkische Staatschef.

Ankara sei zudem angesichts des bevorstehenden Rückzugs der USA und der Nato aus Afghanistan bereit, dort „viel mehr Verantwortung zu übernehmen“. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/02/52805_0:0:2827:1591_1440x0_80_0_0_1bbd79d4c11e3e0e0547688d178c13d2.jpg

dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung Selenskijs über die „stärkste Armee in Europa“**

Das Staatsoberhaupt der Ukraine, der sich schon den Ruhm eines in seinen Aussagen inkonsequenten Redners erworben hat, zeichnet sich in der letzten Zeit besonders durch widersprüchliche Erklärungen aus. So redet der Präsident des „Friedens“ über die Schaffung der „stärksten Armee in Europa“, dabei äußerst er solche Betrachtungen im Kontext direkter Erpressung westlicher Länder, die nach Meinung von Herrn Selenskij der Ukraine helfen müssen, den Donbass zurückzubringen.

Diese Rhetorik verweist sehr klar gleich auf drei charakteristische Momente: erstens, auf die im Verhalten der ukrainischen Regierung verwurzelte Unlogik, weil das Staatsoberhaupt der Ukraine noch vor ganz kurzer Zeit in den Medien geprotzt hat, dass an der Kontaktlinie das Regime der Ruhe eingehalten wird, und nun einige Tage später, droht er, irgendwelche Armeen für eine weitere Eskalation des Konflikts zu schaffen.

Zweitens demonstriert Herr Selenskij ein völliges Fehlen jeder Zielrichtung auf einen diplomatischen Weg zur Regelung des Konflikts. Offensichtlich hat er gerade deswegen nicht einmal an die Verpflichtungen der Ukraine bezüglich der vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Vereinbarungen erinnert, deren Alternativlosigkeit ein weiteres Mal beim Treffen der Staatsoberhäupter Russlands und der USA anerkannt wurde.

Und drittens erpresst die ukrainische Führung durch die folgende Positionen den Westen direkt: entweder stellen die westlichen Länder Kiew finanzielle und weitere Unterstützung zur Verfügung oder Kiew entfacht eine heiße Phase des Konflikts und ist dafür bereit, „alles auszugeben, was die Ukraine hat: viel menschliches Potential, viele talentierte Menschen“.

Wir fassen solche Aussagen als ein Signal der vollständigen Verzweiflung der ukrainischen Regierung auf, alle Hoffnung auf irgendwelche Änderungen in den Positionen der Garantenstaaten, der Weltmächte und insbesondere ihrer „Partner“ in Gestalt der USA bezüglich der Alternativlosigkeit der Minsker Vereinbarungen sind nach dem gestrigen Treffen zerfallen. In dessen Ergebnis wurde wieder das Folgende geäußert: Der Minsker Plan ist das derzeitige einzelne Mittel einer friedlichen Regelung des Konflikts und keinerlei Initiativen bezüglich von Änderungen, Umschreibungen oder Aufhebung dieses Plans sind von der internationalen Gemeinschaft zu erwarten.

Deshalb empfehlen wird dem Präsidenten der Ukraine nachdrücklich damit aufzuhören, Zeit, Kraft und Energie auf erdachte neue Mittel zur Demonstration seiner Depression bezüglich

der Unausweichlichkeit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu verschwenden, sondern stattdessen lieber mit der unmittelbaren Umsetzung seiner Verpflichtungen zu diesen Vereinbarungen zu beginnen.

de.rt.com: **Russland: Staatsduma billigt Gesetzentwurf zur Regulierung ausländischer IT-Giganten**

Das russische Parlament hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der großen ausländischen Online-Unternehmen mehr juristische Verantwortung auferlegt. Ab nächstem Jahr werden sie verpflichtet, Niederlassungen oder Repräsentanzen in Russland zu eröffnen.

Die Staatsduma, das Unterhaus der russischen Legislative, hat in dritter Lesung einen Gesetzentwurf verabschiedet, der große ausländische IT-Firmen verpflichtet, Niederlassungen oder Repräsentanzen in Russland zu eröffnen.

Besitzer von Informationsressourcen mit einem täglichen Publikum von mehr als 500.000 russischen Nutzern müssen ab dem 1. Januar nächsten Jahres Niederlassungen gründen, Repräsentanzen eröffnen oder russische juristische Personen gründen, "die die Interessen der Muttergesellschaften vollständig vertreten sollen".

Die Initiative sieht auch ein Maßnahmenpaket zur Durchsetzung der russischen Gesetze für solche IT-Unternehmen vor. Sie umfassen die Unterrichtung der Nutzer von Internetressourcen über die Verletzung der Gesetzgebung der Russischen Föderation, Verbote der Verbreitung von Werbung auf Informationsressourcen sowie der Zahlungen an diese.

Außerdem wird das Sammeln und die grenzüberschreitende Übermittlung von personenbezogenen Daten russischer Staatsbürger verboten. Als letztes Mittel bei der Umsetzung dieser Verbote wird die Möglichkeit einer teilweisen oder vollständigen Sperrung der gegen die russischen Regelungen verstoßenden Internetressource vorgesehen.

Die vorläufige Liste der Internetressourcen, deren Eigentümer verpflichtet werden können, Niederlassungen oder Repräsentanzen in Russland zu eröffnen, umfasst 20 Plattformen.

Darunter sind soziale Netzwerke (Facebook, Instagram, TikTok, Twitter), Video-Hosting-Anbieter (YouTube, Twitch.tv), Messenger und Mailedienste (WhatsApp, Telegram, Viber, Gmail), Suchmaschinen (Google, Bing), Hosting-Anbieter (Amazon, Digital Ocean, Cloudflare, GoDaddy), Online-Handel (Aliexpress, Ikea.com und Iherb.com) sowie Wikipedia.org. Die Liste kann zu einem späteren Zeitpunkt überarbeitet werden.

Der Gesetzentwurf wurde am 21. Mai in die Staatsduma eingebracht und von der russischen Regierung, der Bank Rossii und dem Föderalen Antimonopoldienst unterstützt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cb5bd648fbef5f4b4d62df.JPG>

snanews.de: **Weißes Haus: Biden hat Putin in Genf „direkt herausgefordert“**

Nach Angaben des nationalen US-Sicherheitsberaters Jake Sullivan hat US-Präsident Joe

Biden seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin während seiner ersten Europareise die US-Position in mehreren Fragen direkt dargelegt. Das betrifft die Bereiche Menschenrechte, Cybersicherheit und Beilegung regionaler Konflikte.

„Präsident Biden hat Putin in einer Reihe von Menschenrechtsfragen direkt herausgefordert. Dazu gehören die unfaire Inhaftierung von Alexej Nawalny, Versuche, die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty zu erschweren, sowie (Bidens) detaillierte öffentliche Erklärungen zu Menschenrechten und Demokratie“, erklärte Sullivan bei einem Telefon-Briefing. Des Weiteren glaube Washington, Russland „klare Grenzen“ für Aktionen gesetzt zu haben, die es im Cyberspace für inakzeptabel halte, sagte Jake Sullivan.

„Wir sind der Meinung, dass wir diese Reise mit einer gemeinsamen Strategie mit unseren Verbündeten abgeschlossen haben und die Grenzen und Fähigkeiten für Russland klar definiert haben, sollten sie nicht gegen Kriminelle vorgehen, die (im Cyberspace) unsere kritischen Infrastruktureinrichtungen angreifen,“ so Sullivan weiter.

Auch eine Zusammenarbeit mit Moskau in Syrien halten die USA für möglich. Die beiden Staatschefs sollen eine Diskussion über Syrien gehabt haben mit dem Fokus auf humanitären Zugang und humanitäre Korridore der Vereinten Nationen. Die USA und Russland hätten Potenzial in diesen Fragen, fügte Sullivan hinzu.

Fortschrittüberwachung bei Kooperation mit Moskau

In den kommenden Monaten wollen nun die Vereinigten Staaten die Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit Russland in dieser Reihe von Fragen überwachen und mögliche Schritte ihrerseits nicht ausschließen, sollten sie nicht erreicht werden, erklärte Sullivan.

„Es gibt drei-vier verschiedene Bereiche, in denen wir in den kommenden Monaten sehen können, ob Fortschritte erzielt werden oder ob wir einige Schritte zum Schutz unserer Interessen unternehmen müssen, da keine Fortschritte erzielt wurden“, hieß es in dem Telefongespräch.

Dem US-Sicherheitsberater zufolge gehören zu diesen Bereichen Cybersicherheit, Beilegung regionaler Konflikte, strategische Stabilität und die Arbeit der diplomatischen Vertretungen der beiden Länder. „Dies sind die Bereiche, in denen wir feststellen können, ob wir Fortschritte machen oder nicht“, so Sullivan.

Am Mittwoch fand der erste Gipfel mit Russlands Präsident Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Joe Biden seit dessen Amtsantritt Anfang des Jahres statt. Das Duo erörterte bei dem Treffen eine Reihe von Themen, darunter die bilateralen Beziehungen, Rüstungskontrolle, strategische Sicherheit und Corona-Pandemie. Geplant ist nun die Zusammenarbeit beim Austausch von Verurteilten und bei der Rüstungskontrolle.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0f/918082_0:89:3072:1817_1440x0_80_0_0_9fcf4c03be41946e5ab351abadab31db.jpg

snanews.de: **Wie Biden in Medien wirkt, „hat nichts mit der Realität zu tun“ – Putin**

Aus Sicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin entspricht das von den Medien kolportierte Bild von US-Präsident Joe Biden nicht der Realität.

„Dieses Porträt von Präsident Biden, das von unseren Medien und sogar den US-Medien geliefert wurde, hat nichts mit der Realität zu tun“, sagte der russische Präsident am Donnerstag.

Putin charakterisierte den amerikanischen Staatschef als „Profi“ und sagte, Russland müsse mit ihm „sehr sorgfältig zusammenarbeiten, um nichts zu verpassen“. Trotz dem langen Weg zum Gipfel habe Biden bei den Gesprächen sehr energisch ausgesehen. Der US-Präsident habe während der stundenlangen persönlichen Gespräche gezeigt, dass er die anstehenden Probleme beherrscht. Die Atmosphäre bei den Verhandlungen sei ausreichend freundlich gewesen, erklärte Putin.

„Wir werden unsererseits unsere Interessen verteidigen. Wir sind bereit, diesen Dialog so weit fortzusetzen, wie die amerikanische Seite bereit ist“, versicherte der Kremlchef. Ihm zufolge ist es wichtig, Gespräche wie den Gipfel am Mittwoch zu führen, denn „wenn die Leute überhaupt nicht sprechen, entstehen immer mehr gegenseitige Ansprüche und Bedenken, wo sie sonst nicht existieren würden“.

Putin wies außerdem darauf hin, dass er und Biden die Positionen des anderen zu Schlüsselfragen verstanden hätten und dass der Gipfel selbst zu einer Verständigung über Bereiche geführt habe, in denen Russland und die USA die Zusammenarbeit verbessern könnten. Der russische Präsident sagte, dass die Cybersicherheit einer dieser Bereiche sei. Sowohl für Moskau als auch für Washington sei von entscheidender Bedeutung, gemeinsame Bemühungen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zu bündeln, „anstatt sich gegenseitig wie Hunde anzubellen“, so Putin.

Der Kremlchef äußerte ferner die Hoffnung, dass man Biden „arbeiten lasse“ und dass die russisch-amerikanischen Beziehungen nicht auf den Tiefpunkt der vergangenen Jahre sinken.

...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/11/2525910_0:0:2975:1674_1440x0_80_0_0_ce7742f06b06ce2f30116b9c816a12a1.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. Juni 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der Bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Luganskoje und Donezkij wurden mit Antipanzergranatwerfern, automatischen Granatwerfer sowie großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Insgesamt wurden **17 Geschosse**

abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: Treffen mit deutschem Staatssekretär: US-Außenministerium bekräftigt Ablehnung von Nord Stream 2

Die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman hat beim Treffen mit dem Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes Miguel Berger in Washington bestätigt, dass die Vereinigten Staaten gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 auftreten. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Website des US-Außenministeriums veröffentlicht wurde. „Die stellvertretende US-Außenministerin betonte die Wichtigkeit der europäischen Energiesicherheit und bekräftigte erneut, dass die Vereinigten Staaten die Pipeline Nord Stream 2 ablehnen“, heißt es in der Mitteilung.

Zuvor hatte die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, mitgeteilt, mit US-Präsident Joe Biden am Rande des jüngsten G7-Gipfels über die umstrittene Gaspipeline gesprochen zu haben.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte gesagt, neue US-Sanktionen gegen das Gaspipeline-Projekt seien nicht auszuschließen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/05/1567695_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_769ba0e065ce45de64764410a33ec6ad.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Juni 3:00 Uhr bis 18. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Donezk (Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks, Volvo-Zentrum), Wesjoloje, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 35.

snanews.de: Kim: Nordkorea in Beziehungen zu den USA zu Dialog und Konfrontation bereit

Nordkorea muss sich nach den Worten von Staatschef Kim Jong Un zugleich zum Dialog und zur Konfrontation mit den USA bereithalten. Es sei nötig, „sich besonders auf die Konfrontation vollständig vorzubereiten“. Das sagte Kim bei einer Plenarsitzung des Zentralkomitees der Arbeiterpartei, deren Chef er ist, am Donnerstag in Pjöngjang. Es gelte, die Würde des Staats, seine Interessen für eine unabhängige Entwicklung und die Sicherheit des Staats zu schützen, zitierte die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA Kim am Freitag.

Kim habe eigenen Worten zufolge die politische Tendenz der neu eingesetzten US-Administration gegenüber Nordkorea detailliert analysiert und angemessene strategische sowie taktische Gegenaktionen auf die US-Politik festgelegt. Auf die Einzelheiten ging Kim jedoch nicht ein.

Die nordkoreanische Führung hatte sich bisher mit Blick auf die neue Nordkorea-Politik Washingtons abwartend verhalten.

Ende Mai hielten der südkoreanische Präsident, Moon Jae-in, und der amerikanische Präsident, Joe Biden, ihren ersten persönlichen Gipfel in Washington ab. Sie vereinbarten ein diplomatisches Engagement mit Nordkorea sowie „abgestufte pragmatische“ Schritte zum Abbau der Spannungen. Im Streit um Nordkoreas Atomwaffenprogramm sollte eine Lösung gefunden werden. Gleichzeitig bestätigten sie, dass der Dialog auf der Grundlage früherer Vereinbarungen, einschließlich des Singapur-Deals im Jahr 2018 zwischen Nordkorea und den USA, vorangetrieben wird.

Die Verhandlungen zwischen beiden Ländern kommen seit dem Gipfeltreffen Kims mit dem früheren US-Präsidenten Donald Trump im Februar 2019 in Vietnam nicht mehr voran.

Bereits im März hatte Nordkorea der Biden-Regierung eine feindselige Politik vorgeworfen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/12/2532807_0:0:3001:1688_1440x0_80_0_0_e3905efea8f63832c3166103aca626e.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. Juni um 9:00 Uhr 4997 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4374 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 458 Todesfälle.

snanews.de: Iran wählt neuen Präsidenten – Kleriker Raeissi gilt als Favorit

Im Iran findet am Freitag die Präsidentenwahl statt. Als Favorit gilt der Kleriker und Justizchef Ebrahim Raeissi, von dem Experten einen radikaleren Kurs erwarten. In der Bevölkerung herrscht deshalb eher Pessimismus als Hoffnung. Landesweit sind mehr als 59 Millionen Stimmberechtigte aufgerufen, zu den rund 70.000 Wahllokalen zu gehen, berichtet die DPA. Spätestens am Sonntag sollen erste Ergebnisse bekannt werden. Der neue Präsident soll dann im August als Nachfolger von Hassan Ruhani vereidigt werden, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten darf. Als klarer Favorit wird der Kleriker und Justizchef Ebrahim Raeissi gehandelt, der vor vier Jahren noch an Ruhani gescheitert war. Gegen ihn treten ein Reformler, ein ehemaliger General und ein Hardliner an. Dass das Wahlgremium, der sogenannte Wächterrat, ernsthafte Konkurrenten aussortierte, führte zu großem Desinteresse der Menschen an einer Wahl, die als inszeniert und undemokratisch wahrgenommen wird. Bei den von Ruhani und den Reformern enttäuschten Bürgern herrscht mehr Skepsis als Hoffnung. Auch von Raeissi, dessen Wahlsieg als gesetzt gilt, erwartet man keine großen Veränderungen. Die meisten Perser hoffen jedoch auf ein Ende der Wirtschaftskrise, gleichzeitig befürchten viele, dass Raeissis Politik das Land in die Isolation treiben könnte. Im Wahlkampf hatte sich der 60-Jährige mehr auf Wirtschaftsthemen fokussiert und ein schnelles Ende der durch die US-Sanktionen verursachten Finanzkrise versprochen. Aber ohne Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten lässt sich dieses Versprechen wohl kaum erfüllen. Und laut Experten würde Raeissi als Präsident den moderaten Kurs Ruhanis nicht fortsetzen. Auch in der Nahost-Politik erwarten Beobachter von Raeissi einen radikaleren Kurs.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/12/2534654_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_e4048458098ced04da0e7d90d3792ed7.jpg

Mzdnr.ru: Am 17. Juni wurden in der DVR 490 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 155 positiv, bei 72 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 18. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 41.551 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3441 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 34.958 als gesund entlassen, es gibt 3152 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 69 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 13 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 59 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1128 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 547 mit Sauerstoffunterstützung (+25 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden mit 5 Expressstests 2 Patienten entdeckt, die bereits zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1896 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Russland entwickelt Kaugummi gegen Covid-19**

Russlands Verteidigungsministerium arbeitet an der Entwicklung eines Medikaments gegen Covid-19 in Form eines Kaugummis und Marshmallows.

„Die Kombination einer zugänglichen Anwendungsform mit den vorteilhaften Eigenschaften des Medikaments wird eine positive Wirkung im Kampf gegen die Ausbreitung der neuen Coronavirus-Infektion haben“, sagte ein Sprecher aus informierten Kreisen.

Die Arbeiten führt ein Forschungsinstitut des Verteidigungsministeriums durch, das zuvor gemeinsam mit dem Gamaleja-Forschungsinstitut für Epidemiologie und Mikrobiologie an der Entwicklung des Corona-Impfstoffes „Sputnik V“ beteiligt war.

Nach dem Abschluss der Studien könnten diese Medikamente als zusätzliche Mittel bei der Behandlung von Corona-Erkrankten und als präventive Mittel verwendet werden.

Früheren Berichten zufolge hat sich „Sputnik V“ laut einer Studie des Gamaleja-Forschungszentrums effizienter gegen die erstmals in Indien nachgewiesene Delta-Variante des Virus im Vergleich zu anderen Vakzinen, zu denen bisher Angaben veröffentlicht wurden, erwiesen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/12/2535298_0:0:1920:1080_1440x0_80_0_0_92b51c370e070ad8545b03f2536b1509.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Kolumbien: ELN-Rebellen bestreiten Verwicklung in Anschlag auf Militärstützpunkt**

Zwei Tage nach dem Autobombenanschlag auf eine Militärbasis in Kolumbien hat die kolumbianische Guerillabewegung Nationale Befreiungsarmee (ELN) erklärt, nicht für die Attacke verantwortlich zu sein. Ein entsprechendes Video veröffentlichte die Guerillagruppe auf ihrer Webseite am Donnerstag (Ortszeit).

Das Video zeigte einen Mann mit verdecktem Gesicht und elektronisch verzerrter Stimme, der die Aufschrift ELN auf seiner Gesichtsmaske hatte. „Wir erlauben uns, Ihnen mitzuteilen, dass keine Einheit der Nationalen Befreiungsarmee etwas mit dem Angriff auf die 30. Brigade in der Stadt Cúcuta zu tun hat, der am Dienstag, den 15. Jun stattfand“, äußerte er.

Der Stützpunkt der 30. Brigade in Cúcuta ist die wichtigste Militärbasis im Nordosten Kolumbiens. Von dort werden die Einsätze gegen die Rebellengruppe ELN und die verbliebenen Splittergruppen der Guerillaorganisation Farc koordiniert. Bei dem Anschlag auf die Militärbasis im Osten Kolumbiens am Dienstagnachmittag waren 36 Menschen verletzt worden, drei von ihnen schwer. Auch einige US-Soldaten hielten sich nach Angaben der US-Botschaft in Bogotá zum Zeitpunkt der Attacke auf dem Gelände auf.

Der kolumbianische Verteidigungsminister, Diego Molano, bezeichnete die Explosion als

„abscheulichen Terroranschlag“, hinter dem nach einer Version der Ermittler die Nationale Befreiungsarmee ELN stecken könnte. Es werde aber auch die Beteiligung von Splittergruppen der Guerillaorganisation Farc geprüft.

Nach dem von der ELN verübten Bombenanschlag auf eine Polizeiakademie in der Hauptstadt Bogotá im Januar 2019 hatte die kolumbianische Regierung die Friedensgespräche mit der Guerillabewegung abgebrochen. Der Anschlag hatte 22 Todesopfer gefordert.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/12/2533744_0:0:3078:1731_1440x0_80_0_0_c472308cb3434adafa0f21d29f9a28d8.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 12. bis 18. Juni 2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung.

In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje**, die **Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks** und das **Volvo-Zentrum** mit 120mm- Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen und elf Mörsergeschosse sowie neun Granaten abgefeuert.

In Richtung Mariupol haben ukrainische Kämpfer der 128. Gebirgssturmbrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und auf die Ortschaft 15 Granaten abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

In der letzten Woche wurden insgesamt **16 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat das Feuer auf Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **sieben Ortschaften** der Republik: **Wesjoloje**, die **Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks** und das **Volvo-Zentrum**, **Shabunki**, **Ukraineskoje**, **Leninskoje** und **Sosnowskoje**.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Materialien zu Fällen von Beschuss von Seiten der BFU wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der

Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Materialien der Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure hinzuzufügen.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 22 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in von ihnen kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Galizynowka.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgsschützenbrigade:

zwei Schützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Dilejewka;

zwei Schützenpanzer und fünf Schützenpanzerwagen in der Nähe von Mironowskij.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von privaten Häusern am westlichen Rand von Beresowoje;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wirtschaftsgebäude in Georgijewka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgsschützenbrigade:

ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Wodjanoje;

zwei Haubitzen 2A36 „Giazint“ in der Nähe eines Wohngebietes von Aswoskij.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe eines Wohngebietes von Nowoignatowka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrgeschütz 2K22 „Tunguska“ in einem Wohngebiet von Otschretino.

Aus dem Bestand des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung:

ein Komplex für elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“ am östlichen Rand von Starognatowka.

Wir rufen die Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren sie über alle solchen Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission (*Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse*).

Nur die öffentliche Bekanntmachung von Verbrechen der Kämpfer der Ukraine wird es erlauben, das eigene Leben und das von Verwandten und Freunden zu schützen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission und behindern das Monitoring der internationalen Beobachter der von ihnen kontrollierten Territorien durch Drohnen der OSZE-Mission.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 58., 72., 93. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ mobiler Gruppen des 20 und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt. In der letzten Woche wurden 13 Fälle von Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der Beobachter der OSZE in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Stepanowka (drei mal), Tschermalyk (zwei mal), Werchnetorezkoje, Lebedinskoje (zwei mal), Artjomowo, Leninskoje, Tschernenko, Majorsk und Talakowka.

Außer der regelmäßigen Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der Mission haben ukrainische Kämpfer zur Vernichtung von Drohnen der OSZE Schusswaffen eingesetzt. In der letzten Woche wurden vier Fälle der Eröffnung des Feuers auf Luftbeobachtungsmittel der OSZE-Mission bemerkt.

Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade haben auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij von den Positionen im Gebiet von Tschermalyk aus eine Drohne der OSZE-Mission, die entlang der Kontaktlinie flog, mit Schusswaffen beschossen. Außerdem haben Kämpfer der 93. Brigade mit Hilfe einer Drohne des Typs „Quadroptter“ Mitarbeiter der OSZE-Mission im Gebiet von Bodanowka beobachtet.

Kriegsverbrecher des 1. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der ukrainischen Stritkräfte

haben von den Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje aus das Feuer in Richtung einer Drohne der Mission, die entlang der Kontaktlinie flog, eröffnet. Die Mitarbeiter der OSZE mussten die Drohne außerplanmäßig landen und das Gebiet verlassen.

Straftruppen des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben von den Positionen im Gebiet von Peski eine Drohne der Mission, die Beobachtung entlang der Kontaktlinie betrieb, mit Schusswaffen beschossen. Dadurch haben die Beobachter der Mission die Kontrolle über sie verloren und konnten sie nicht zurückholen. Kämpfer des 108. Gebirgssturmbataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben von den Positionen im Gebiet von Majorsk aus das Feuer mit Schusswaffen in Richtung einer Drohne der Mission, die entlang der Kontaktlinie flog, eröffnet. Um die Drohne zu schützen, mussten die Mitarbeiter der Mission diese außerplanmäßig landen und das Gebiet verlassen. Alle Fälle von Behinderung der Tätigkeit der internationalen Beobachter kommen auch in den offiziellen Berichten der Mission zum Ausdruck.

Eine vom Kommando der OOS durchgeführte **anonyme psychologische Befragung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** in der Zone der Operation der Besatzungskräfte zeigte, dass das Ansehen von republikanischen Fernsehsendern sowie von in sozialen Netzwerken veröffentlichten Mitteilungen der offiziellen Vertreter der Volksmiliz der DVR und der LVR einen negativen Einfluss auf den moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Soldaten ausüben.

Oft werden in den genannten Mitteilungen Informationen aus persönlichen Schriftwechseln von Funktionsträgern des Stabs der OOS und des GZKK veröffentlicht, die die sozialen Netzwerke zum Austausch von dienstlichen Informationen nutzen. Dabei wird zum Zweck der Verheimlichung der Verstöße das soziale Netzwerk „VK“ bevorzugt. Wir haben Informationen von einer Quelle im Stab der OOS erhalten, dass die militärische Gegenaufklärung die Aufgabe erhalten hat, die Arbeit zur Aufdeckung der Nutzung von Mobiltelefonen zur Weitergabe von dienstlichen Informationen durch Funktionsträger zu verstärken.

Außerdem hat der Kommandeur der OOS entschieden, **außerplanmäßige Gruppen zum Monitoring des Informationsraums** bei den Stäben der operativ-taktischen Gruppierungen „Nord“ und „Ost“ zu schaffen, deren Hauptaufgabe sein wird, Informationen, die in den sozialen Netzwerken und Messengern veröffentlicht sind, sowie Informationen, die einen negativen Einfluss auf das Personal der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone ausüben, zu entdecken.

In der letzten Woche waren in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone **nicht kampfbedingte Verluste** festzustellen, deren wahren Ursachen vom ukrainischen Kommando verheimlicht werden.

Im Zeitraum vom 12. bis 18. Juni betrug die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sechs Mann: Am 12. Juni verlor ein Soldat des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmgrade bei Arbeiten zur Vertiefung eines Schützengrabens die linke Hand.

Am 14. Juni kamen zwei Soldaten des 1. Bataillons der 128. Gebirgssturmgrade von der geplanten Route im Gebiet von Pawlopol ab und gerieten auf eine Antipersonenmine.

Am 14. Juni leisteten zwei Soldaten des 2. Bataillons der 93. Brigade unter Drogeneinfluss Widerstand bei der Festnahme durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und wurden mit schweren Körperverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Am 15. Juni erlitt der Soldat Swydko aus einem Panzergrenadierbataillon der 93. mechanisierten Brigade auf einem Übungsplatz im Gebiet von Anadol eine Schussverletzung. In den Einheiten und den Lagern der ukrainischen Streitkräfte geht der **Diebstahl und die gesetzwidrige Abschreibung von militärischem Material** aus der internationalen Militärhilfe aus den USA weiter.

Bei einer Inventarisierung des Materials durch eine Kommission des Generalstabs der

ukrainischen Streitkräfte wurde entdeckt, dass in den Einheiten der 10. Gebirgssturmbriade vier Drohnen des Typs „RA-11B RAVEN“ fehlen, stattdessen werden Drohnen A1-C „Furija“ eingesetzt, in der 28. mechanisierten Brigade wurden Nachtsichtgeräte „AN/PVS-14“ gegen analoge chinesische Produkte ausgetauscht, in der 59. Panzergrenadierbrigade wurde das Fehlen von sechs Nachtsichtbinokularen „RANGER“ festgestellt.

Zu den Fehlbeständen und Diebstählen von militärisch-technischem Material führt die Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte eine Ermittlung durch. Vorläufig wurde festgestellt, dass das Material später in Spezialgeschäften verkauft wurde. Die Summe des Schadens für den Staat durch Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte übersteigt fünf Millionen Griwna. Nach uns vorliegenden Informationen haben die Brigadekommandeure die ihnen unterstellten Einheiten angewiesen, sich an Freiwillige mit der Bitte, Hilfe bei der Wiederbeschaffung des verlorenen Materials zu leisten, zu wenden.

Nach Informationen eines Vertreters der Verwaltung der Oblast Iwano-Frankowsk plant die ultrarechte Partei „Nationales Korps“ für den August 2021 die Ausbildung nationalistisch eingestellter Jugendlicher im Alter von 18 bis 20 Jahren unter Hinzuziehung ausländischer Militärinstrukteure, bei denen es sich um ehemalige Soldaten militärischer Formationen der NATO handelt.

Es ist festzustellen, dass bei der Durchführung der Übungen besondere Aufmerksamkeit der Ausbildung in Minen- und Sprengstoffangelegenheiten und der Aufklärung gewidmet werden wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Jugendlichen nach Abschluss des Kurses für Provokationen auf dem Territorium der Ukraine eingesetzt werden.

Vertreter der Militärgesinnlichkeit der Moslems der Ukraine unternehmen Maßnahmen zur Heroisierung der Tätigkeit der Kämpfer des Scheich-Mansur-Bataillons in der OOS-Zone, um diese im weiteren beim Kampf gegen die Russische Föderation einzusetzen, obwohl am 21. Mai vom Präsidenten der Ukraine eine Entscheidung des nationalen Sicherheitsrats bestätigt worden, dass gegen dieses Freiwilligenbataillon persönliche Sanktionen eingeführt werden sollen.

Außerdem wurde uns bekannt, dass sich die Militärgesinnlichen an das Kommando der ukrainischen Streitkräfte und Vertreter anderer ukrainischer Konfessionen mit der Bitte gewandt haben, in der Frage der Aufhebung zuvor erfolgter Sanktionen gegen den Kommandeur des Bataillons Umachan Awtajew und seine Untergebenen zu unterstützen und haben sich die Unterstützung nationalistischer Organisationen der Ukraine verschafft. So versuchen sich Kämpfer des Scheich-Mansur-Bataillons über nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte nationalistische Organisationen, die in Russland verboten sind, wieder zu legalisieren und wieder mit dem Genozid des Volks des Donbass zu beginnen.

In den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik gehen die planmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung, zur Vervollkommnung von Wissen und praktischen Fertigkeiten der Soldaten weiter. Das Niveau der professionellen Ausbildung der Soldaten erlaubt es, jegliche aggressive Handlungen der Kiewer Kämpfer erfolgreich zu unterbinden.

Außerdem leistet die Volksmiliz weiter humanitäre Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen und medizinischen Materialien für Krankenhäuser der Republik und frontnahe Ortschaften.

sna-news.de: **Ukrainischer Botschafter kritisiert Deutsch-Russisches Museum: Direktor antwortet im SNA-Interview**

Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, boykottiert die heutige Gedenkveranstaltung im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die UdSSR am 22. Juni 1941. In einem Brief an Museums-Direktor Jörg Morré äußerte Melnyk seinen Unmut. Nun gewährte Morré SNA einen Kommentar dazu.

Historiker Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst,

betonte im SNA-Interview vor Ort am Donnerstag die enge Kooperation mit anderen Partner-Museen in der Ukraine und Belarus.

„Wir haben heute vier Nationalflaggen vor unserem Haus wehen: Ukraine, Belarus, Russische Föderation, Bundesrepublik Deutschland. Wir arbeiten eng mit unseren Partnern zusammen, übernehmen Ausstellungen. Da gibt es einen regen Austausch – auch mit der Ukraine. Und Herr Melnyk kann uns wirklich nicht vorwerfen, dass wir hier die ukrainischen Opfer vergessen würden. Auch in der aktuellen Ausstellung kommen diese reichlich vor.“

Die Kritik des ukrainischen Botschafters am Namen des Museums, das „leider“ nicht den Begriff „ukrainisch“ im Titel trage, kommentierte Morr  wie folgt: „Das hat etwas mit unserer Gründungsgeschichte zu tun. Mit sprachlicher Ungenauigkeit im Deutschen. Da möchte ich dem Botschafter fast schon ein wenig Recht geben. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass lange Zeit in der akademischen Forschung immer nach Russland (und nicht immer auf die anderen Völker der früheren Sowjetunion, Anm. d. Red.) geschaut wurde. Das hat sich aber in den letzten fünf Jahren sehr massiv gewandelt. Wir als Museumsverein können aber unsere Vereinsgeschichte nicht einfach über Bord werfen.“

Anlass für das SNA-Gespräch vor Ort war die Eröffnung der Ausstellung „Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“ im Deutsch-Russischen Museum. In Zusammenarbeit mit weiteren historischen Institutionen, darunter KZ-Gedenkstätten oder auch Institute in Moskau, Belarus und der Ukraine, wurde diese Sonderausstellung erarbeitet. Mittel des Bundes förderten die historische Gedenkaktion finanziell.

Am Freitagvormittag hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) zur Ausstellungseröffnung eine Gedenkrede zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941. Vor diesem historischen Hintergrund kann die Ausstellung ab sofort besucht werden.

Das komplette Interview mit Historiker und Museums-Direktor Dr. J rg Morr  im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst bringt SNA News in den nächsten Tagen.  ber die neue Sonderausstellung berichtet die Redaktion darüber hinaus ausführlich am Samstag in einem Video-Beitrag.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/08/2019121_0:1:3639:2048_1440x0_80_0_0_f682f3bb8061832b8a2edb4f9f9171c3.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz des Leiters Volksmiliz der LVR Oberst J. W. Leschtschenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 12. bis 18. Juni 2021.

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Schapowalow von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Kalinowka** mit einem Antipanzergranatwerfer und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade auf Befehl Wojtschenkos von den Positionen in Nowotoschkowskoje aus **Donezkij** mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen.

In der letzten Woche haben die BFU dreimal das Regime der Feueereinstellung in Richtung Debalzewo und Slawjanoserbsk verletzt, wobei zwei Ortschaften beschossen wurden. ...

In der letzten Woche wurde die Stationierung von 67 Stück **Militärtechnik in Wohngebieten von Ortschaften** auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien festgestellt

Die Entdeckung dieser Waffen durch die OSZE-Mission wird weiter unter Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung behindert ...

Die **nicht kampfbedingten Verluste** in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche sieben Mann, davon drei Tote....

In der letzten Woche haben Soldaten der Volksmiliz humanitäre Hilfe in Form von Spielzeug, Büchern und Kleidung an die Kinder des frontnahen Dores Petrowenki geliefert.

deu.belta.by: **Informationskrieg gegen Belarus und Russland wird von einheitlichen Koordinationszentren organisiert**

Der Informationskrieg gegen Belarus und Russland wird von einheitlichen Koordinationszentren organisiert. Das sagte Außenminister Wladimir Makej heute vor Journalisten in Moskau im Anschluss an sein Treffen mit dem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.

„Insbesondere will ich darauf aufmerksam machen, dass die jüngsten Ereignisse rund um Belarus und Russland klar und deutlich vor Augen geführt haben, dass gegen die beiden Staaten ein Informationskrieg geführt wird und dass unsere Gegner aus einheitlichen Zentren agieren, ihr Handeln strategisch und technisch gut planen. Für unsere Feinde im Ausland sind wir längst ein echter Unionsstaat mit gemeinsamen Werten und Vorstellungen“.

In diesem Zusammenhang bedankte sich der belarussische Außenminister bei Russland für seine Unterstützung. Viele russische föderale und regionale Medien hätten sich auf die belarussische Seite gestellt. Sie würden sich ausschließlich auf Fakten konzentrieren und zeigten hohe Professionalität und Solidarität.

„Wir sind auch russischen Diplomaten dankbar für die Unterstützung in konsularischen und administrativen Fragen, auch in den Ländern, in denen es keine belarussischen diplomatischen Vertretungen gibt“, betonte Wladimir Makej. „Russland hilft immer in den Situationen, wo unsere Menschen Hilfe brauchen. Das wissen wir sehr zu schätzen.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1624019552_57562_big.jpg

dan-news.info: Ab dem 1. Juli 2021 werden die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in der DVR um 25% erhöht.

snanews.de: „Verfehlungen“ von Bundeswehrsoldaten in Litauen: AKK sorgt sich um Ruf Deutschlands

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Bundeswehroffiziere und angehende Führungskräfte dazu aufgerufen, die erste Verteidigungslinie gegen Extremismus zu bilden. Das machte sie am Freitag in ihrer dritten Grundsatzrede in Hamburg deutlich. „Ich appelliere an Sie alle: schauen Sie genau hin, seien Sie konsequent, lassen Sie nichts durchgehen, und verschweigen Sie nichts“, sagte Kramp-Karrenbauer vor dem Offiziersnachwuchs der Führungsakademie in Hamburg. Harsch verurteilte sie erneut Vorfälle in Litauen, die zur Rückverlegung eines Panzergrenadierzugs aus der Nato-Mission „Enhanced Forward Presence“ geführt hatten.

„Mit ihren Verfehlungen beschädigen sie den Einsatz und die Leistungen aller ihrer Kameradinnen und Kameraden und gefährden den guten Ruf unseres Landes“, rügte die Ministerin die Verantwortlichen der Vorfälle. „Wir hören von sexueller Nötigung und von systematischem Mobbing, von Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Munition, wir hören von antisemitischen Äußerungen, von Liedern aus der Nazi-Zeit.“ Sie sprach von „besonders schwerwiegenden Verfehlungen“, die mit aller Schärfe verfolgt und geahndet würden – „bis hin zur Entfernung der verantwortlichen Personen aus der Bundeswehr“, so Kramp-Karrenbauer.

Sie machte deutlich, dass nun zu Recht Fragen aufkommen, ob die Soldaten nicht ausreichend ausgebildet worden seien, was Vorgesetzte wussten, ob womöglich weggeschaut worden sei und ob die Soldaten aus anderen Fällen der vergangenen Monate nichts gelernt hätten. „Sie waren ausgebildet. Sie waren sensibilisiert worden. Und trotzdem haben sie sich so falsch verhalten“, erklärte die Verteidigungsministerin.

Der Fall war erst durch einen „Spiegel“-Bericht öffentlich geworden. Demnach sollen auf einer Party in einem Hotel — einer sogenannten Erholungsmaßnahme — nach übermäßigem Alkoholkonsum rechtsradikale Lieder gesungen worden sein. Es soll auch Schlägereien gegeben haben.

Am gleichen Abend soll ein Soldat versucht haben, einem eingeschlafenen Kameraden seinen Penis in den Mund zu stecken. Die Szene wurde offenbar mit dem Handy gefilmt. Zudem soll am 20. April ein „Geburtstagsständchen“ für Adolf Hitler angestimmt worden sein. Im Zusammenhang mit den Vorfällen geht die Bundeswehr laut der „Deutschen Presse-Agentur“ (DPA) von insgesamt zehn Beteiligten aus, ein Panzergrenadierzug besteht

üblicherweise aus 34 Soldaten. Insgesamt sind in Litauen etwa 600 deutsche Soldaten im Einsatz.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/02/2335167_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_528abd971e6e0c638516987c5dca0ec3.jpg

deu.belta.by: **Werktätige verurteilen Sanktionen und überreichen Offenen Brief an EU-Delegation in Belarus**

Die Werktätigen von Belarus haben der EU-Delegation in Belarus einen Offenen Brief überreicht, in dem sie die westlichen Sanktionen scharf verurteilt haben.

Der Brief ist adressiert an Präsident des Europäischen Parlaments David-Maria Sassoli, Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell.

„Wir, die Unterzeichner dieses Offenen Briefes, beteiligen uns nicht an der Politik, sondern arbeiten ehrlich und friedlich in verschiedenen Betrieben. Wir bauen Autos, gießen Metall, verarbeiten Öl. Wir tun alles Mögliche, um unseren Familien ein würdiges und glückliches Leben zu gewährleisten, und zwar in Belarus und nicht in der Ferne. Wir sind hier geboren und aufgewachsen. Unsere Väter und Großväter haben im Krieg gegen Faschismus unsere Heimat verteidigt und Frieden und Freiheit nach Europa gebracht. Wir sind bestrebt, mit anderen europäischen Staaten und Völkern in Harmonie zu leben. Wir wollen frei über die Grenzen hinweg reisen, nicht auf der Suche nach einem Asyl, sondern als Touristen. Mit Befremden und Empörung nehmen wir die Nachrichten wahr, dass die Europäische Union wirtschaftliche Sanktionen gegen Belarus verhängen will. Diese Sanktionen werden in erster Linie negative Folgen für Arbeiter, Ingenieure, Angestellte und unsere Familien haben.“ Die Unterzeichner sind der Meinung, dass die EU-Politiker in ihrem Handeln den Aufrufen von dutzenden aus Belarus ins Ausland geflohenen Mächtigen-Oppositionspolitikern gefolgt sind. Diese sprechen im Namen des ganzen belarussischen Volkes, treten aber ihr eigenes Land in den Dreck und ernten dafür Beifall vom Westen.

„Ist Ihnen unsere Stimme etwas wert? Ist das der Sinn Ihrer Demokratie? Wir lassen es zu, dass sich die Oppositionspolitikern gekränkt fühlen, weil der Staat ihnen etwas angedreht hat. Aber das rechtfertigt sie nicht in ihren Aufrufen, das eigene Volk in den Würgegriff zu nehmen. Die Einführung von Sanktionen werden wir als die Erwürgung des belarussischen Volkes ansehen. Wir wissen alle beim Namen, wer diesen Aggressionsakt gegen Belarus geplant hat und ihn ausführt. Wir werden das unseren Kindern und Enkelkindern erklären. Wir wenden uns an die hohen Vertreter des Vereinten Europas: Sie reden viel über die demokratischen Werte und müssen endlich die Stimme des wahren Belarus hören. Die Stimmen derer, die Sie in ihren demokratischen Rechten auf Arbeit und freie Berufswahl beschneiden wollen, um unser Land in die Knie zu zwingen und für uns zu entscheiden, wie

wir zu leben haben“, geht aus dem Brief hervor. „Wenn Sie sich als Europäer so sehr für Demokratie, Rechte und Freiheiten einsetzen, laden Sie jeden ersten Unterzeichner dieses Briefes nach Brüssel ein. Wir werden von jeder hohen Bühne die ganze Wahrheit über die Situation in Belarus erzählen. Oder werden Sie keinen nutzen davon haben? Am besten: Kommen Sie selbst nach Minsk oder in jede andere belarussische Stadt und überzeugen Sie sich selbst davon, wie die Menschen hier leben. Sie brauchen keine Angst zu haben: Belarus ist ein schönes, sicheres und friedliches Land. Wir werden Sie hier wie unsere Familienmitglieder empfangen. Belarus ist nicht das Land, wie es Ihnen ein Haufen Scharlatane darzustellen versucht. In unserem eigenen Haus sind wir gewohnt, Probleme selbst zu lösen, wenn es sie in der Tat gibt und nicht wenn sie vorgetäuscht werden. Vorgetäuscht von denjenigen, die uns ihre Ansichten und ihre Bedingungen aufzwingen wollen.“



https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2021/000022_13CDC559716ED80D432586F8004F57D9_619288.jpg

snews.de: **AKK: „In Europa ist Russland der Gegner“ – Bundesregierung kommentiert Äußerung der Ministerin**

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Russland vor US-Soldaten in Guam als „Gegner“ bezeichnet. Auf die Frage eines SNA-Redakteurs, ob Kanzlerin Merkel hinter der Äußerung stehe, geht Regierungssprecher Seibert nicht ein. Ein Ministeriumssprecher verteidigt die Wortwahl.

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat die Russische Föderation offen als Gegner bezeichnet. Laut „Zeit-Online“ sagte sie bei ihrem Besuch der Naval Base Guam Ende Mai in ihrer Rede vor US-Soldaten: „Wir kämpfen für Demokratie, Freiheit und eine auf Regeln basierte Ordnung Seite an Seite. In Europa ist Russland der Gegner, hier eher China.“

Auf die Frage eines SNA-Redakteurs, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel hinter solchen Äußerungen stehe, wollte Regierungssprecher Steffen Seibert nicht eingehen: „Zunächst einmal stehen die Worte der Verteidigungsministerin für sich. Dass es in vielen Bereichen eine Konfrontation mit Russland gibt, wo wir uns Kooperation wünschen würden, ist unstrittig. Ich werde die Rede der Ministerin, die ich nicht in Gänze kenne, nicht kommentieren“, sagte Seibert am Freitag in Berlin.

Die Worte der Ministerin seien im Zusammenhang zu sehen, erklärte David Helmbold, Sprecher des Verteidigungsministeriums (BMVg): „Unserer Ministerin ist es immer sehr, sehr wichtig anzudeuten und klar zu machen, dass es keinerlei irgendwie geartete Animositäten

(Feindseligkeiten), Schwierigkeiten mit Russland gibt, sondern dass wir insgesamt Herausforderungen haben, die zu bewältigen sind, die sich aber auf die russische Regierung beziehen und nicht auf Russland als solches. Das halte ich für sehr, sehr wichtig“, so der BMVG-Sprecher.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/12/2538448_0:37:3071:1764_1440x0_80_0_0_8d3f5f5c3f797e2c8ed14f102d80b3f6.jpg